

Rheinfalkkraftwerk jetzt schon im Gegenwind

Trotz neuer Gesetzesgrundlage ist noch lange nicht klar, ob je ein Flusskraftwerk am Rheinfalk gebaut wird. Erste Exponenten kündigen erbitterten Widerstand an. Die Gegner plädieren für Energiesparen und Solarausbau. Mögliche Investoren halten sich noch bedeckt.

Dario Muffler

Jede Sekunde donnern Abertausende Liter Wasser den Rheinfalk hinunter. Während Sie diesen Text bis zum Satzende gelesen haben, flossen bereits wieder rund drei Millionen Liter rheinabwärts. Dieses Wasser soll künftig für die Stromgewinnung genutzt werden können. Die Produktion von etwa 90 Gigawatt Strom ist laut Experten pro Jahr möglich. Das sind rund 20 Prozent des aktuellen Schaffhauser Stromverbrauchs. Damit dieses Potenzial genutzt werden kann, hat das Schaffhauser Kantonsparlament am Montag einer Gesetzesrevision zugestimmt (die SN berichteten). Bisher hatte es die Schaffhauser Gesetzgebung ganz im Gegensatz zur zürcherischen nämlich untersagt, am Rheinfalk ein weiteres Wasserkraftwerk zu bauen. Ein weiteres? Viele Leute wissen nicht, dass es am Rheinfalk bereits ein Kraftwerk gibt: Auf der Schaffhauser Seite wird schon seit Anfang der 1950er-Jahre in einem kleinen Kraftwerk Strom erzeugt.

Doch das neue Gesetz legt Eckwerte fest, die ein viel grösseres Kraftwerk zulassen würden. Entsprechend gross war und ist der Widerstand bei Natur- und Landschaftsschutzorganisationen und ihren Anhängern. So kann der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder (parteilos) der Idee eines Kraftwerks am Rheinfalk nichts abgewinnen. «Ich werde mich mit Händen und Füssen dagegen wehren, dass ein Kraftwerk gebaut wird», sagt der in Neuhausen aufgewachsene und wohnhafte Bundesparlamentarier. Das Naturdenkmal dürfe nicht weiter kommerzialisiert werden.

Bereits nachdem der Kantonsrat letzten November über das entsprechende Gesetz erstmals beraten hatte, äusserte sich der in Neuhausen wohnhafte Ständerat kritisch. Der Kantonsrat hat nun gewisse Anpassungen am Gesetz vorgenommen. So wurde das obligatorische Referendum bei einer Konzessionsvergabe aufgenommen und die roten Listen, welche gefährdete Tierarten aufzählen, sind explizit als zu beachten erwähnt. «Ich hätte diesem Gesetz wohl auch zugestimmt», sagt Minder sogar.

Kritik von Bundesparlamentariern

Für den Ornithologen gehen die Überlegungen zu einem Kraftwerk in die völlig falsche Richtung. Und zwar aus zwei Gründen. Zum einen wird die Wasserknappheit laut Minder zur nächsten grossen Krise werden. «Deshalb bezweifle ich, dass ein Rheinfalkkraftwerk längerfristig rentabel wäre», sagt er. Und zum anderen plädiert er für einen sorgfältigeren Umgang mit dem Strom. «Der Geist, Strom zu sparen, ist in der Schweiz nicht spürbar, insbesondere beim Staat nicht.» Es müsse zuerst ein grosser Schritt in Richtung Energieeffizienz gemacht werden, bevor man Naturschauspiele wie den Rheinfalk verschandle.

Dass ein Rheinfalkkraftwerk der falsche Hebel sei, davon ist auch Martina Munz, Schaffhauser SP-Nationalrätin und Präsidentin der Gewässerschutzorganisation Aqua Viva, überzeugt. «Das Naturerlebnis sollte uneingeschränkt erhalten werden», sagt sie und zitiert ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission. Darin wird festgehalten, dass eine vertretbare gesamthaft Entnahmemenge 20 Prozent des Mittelwasserabflusses nicht übersteigen sollte, damit der Erlebniswert nicht geschmälert wird. Mit der vom Kantonsrat im Gesetz beschlossenen Mindestabflussmenge werden deutlich mehr als 20 Prozent entnommen. Das ruft bei Munz Unverständnis hervor. «Der Kanton ist scheinheilig unterwegs», sagt sie.

Für die Umweltpolitikerin müsste zuerst der Ausbau der Solarenergie vorangetrieben werden. Dort befindet sich ein viel grösseres Potenzial. Und: «Ein Flusskraftwerk löst unser Winterstrom-Problem nicht.»



Im Scheinwerflicht der Politik und der Umweltverbände: der Rheinfalk und die Frage, ob er als Kraftwerk dienen soll.

BILD MELANIE DUCHÈNE

Mit dieser Auffassung vertritt Munz nicht die Meinung ihrer Kantonalpartei. Diese hat am Montag dem Gesetz zugestimmt. Das sei in Ordnung. «Wir leben die Debatte und dürfen öffentlich andere Meinungen haben», sagt Munz.

Umweltverbände uneins

Rückendeckung erhält die Präsidentin von Aqua Viva derweil von einer anderen Naturschutzorganisation. Vanessa Wirz, Geschäftsführerin von Pro Natura Schaffhausen, steht der Idee eines grösseren Kraftwerks am Rheinfalk kritisch gegenüber. Auch sie sagt, es müssten zuerst andere Potenziale ausgeschöpft werden. «Zum Vergleich: Das Potenzial im Kanton für Solarenergie, einer Technologie mit deutlich geringeren negativen Auswirkungen auf die Natur, beträgt fünf Mal mehr, als ein zusätzliches Kraftwerk am Rheinfalk produzieren würde.» Aus der Sicht des Verbandes fehlen bis jetzt auch wichtige Grundlagen, um die Auswirkungen auf die

Umwelt zu beurteilen. Konkret denkt Wirz dabei an die Vorkommen von seltenen und gefährdeten Arten am Rheinfalk. «Der Kanton muss nun initiieren, dass diese erhoben werden», sagt sie.

Die Stiftung Landschaftsschutz (SL) Schweiz, deren Geschäftsleiter der Schaffhauser Raimund Rodewald ist, schreibt: «Die SL bedauert die mögliche neue Kraftwerksnutzung des Rheinfalks. Sie hält aber fest, dass für ein konkretes Projekt die Hürden nach wie vor sehr hoch sind.»

Beim WWF Schaffhausen hört es sich etwas weniger ablehnend an. Der WWF schreibt in einer Stellungnahme, dass er nicht grundsätzlich gegen Wasserkraft am Rheinfalk sei. Eine abschliessende Beurteilung sei aber nur möglich, wenn ein konkretes Projekt vorliege und eine Umweltverträglichkeitsprüfung sauber beantwortet, welchen Schaden die Biodiversität am Rheinfalk nehmen würde. Wenn ein Projekt vorliegt, werde der WWF kritische Frage stellen, Verbesserungsvorschläge einbringen oder dann den Rechtsweg beschreiten, heisst es in einer Stellungnahme.

Den Rechtsweg gegen das kantonale Wasserwirtschaftsgesetz beschreiten will der WWF nun aber nicht. Während einer Frist von 90 Tagen kann durch das Einreichen von 1000 gültigen Unterschriften das Referendum gegen den Beschluss des Parlaments ergriffen werden. Dann käme es bereits zu einem Urnengang, um über das Gesetz zu befinden. Für den WWF ist das Gesetz in der vorliegenden Fassung akzeptabel, aber dennoch entspreche es nicht in allen Punkten den Vorstellungen der Organisation. Deshalb werde der WWF weder das Referendum unterstützen noch für das Gesetz Abstimmungskampf betreiben.

Auch Pro Natura teilte gestern mit, kein Referendum gegen das Gesetz zu ergreifen. Wirz sagt aber, dass Pro Natura sich bei einem konkreten Projekt dafür einsetzen werde, dass dieses die Anforderungen der ENHK und des Naturschutzes vollumfassend erfüllt.

«Ein Flusskraftwerk löst unser Winterstrom-Problem nicht.»

Martina Munz
Nationalrätin SP

SH Power grundsätzlich interessiert, Axpo prüft Lage

Der Weg zu einem Kraftwerk ist weit. Eine Auflistung des Schweizer Stromkonzerns Axpo zeigt, wie lange solche Projekte dauern. Ein Beispiel ist das Wasserkraftwerk Waldeemme im Kanton Luzern, bei dem im März 2022 der Spatenstich erfolgt ist. Bis dahin hatte es 17 Jahre gedauert. Die Anlage wird ab 2023 Strom produzieren, allerdings zwei Drittel weniger als ursprünglich geplant. Es musste in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden redimensioniert werden. Ähnliche Projektzeiten dürften auch bei einem Projekt am Rheinfalk gelten. Schreckt das nicht alle potenziellen Betreiber ab? Nein.

Nachfrage bei Hagen Pöhnert, dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung von SH Power. Das städtische Energieunternehmen nutzt schon heute

die Energie des Rheins mit dem Betrieb des Wasserkraftwerks der Kraftwerke Schaffhausen AG. «Die Investition in erneuerbare Energie ist für SH Power eine Kernaufgabe», sagt Pöhnert. Entsprechend ist er grundsätzlich interessiert an einem möglichen Wasserkraftprojekt am Rheinfalk.

Anders sieht das beim zweiten Schaffhauser Energieunternehmen aus. EKS-Chef Thomas Fischer sagt, dass die EKS keinerlei Kompetenzen im Bereich der Wasserkraft habe. Deshalb sei vorderhand auch nicht geplant, plötzlich Wasserkraftwerke bauen zu wollen. «Es kann aber sein, dass der Verwaltungsrat das Thema diskutieren wird», sagt Fischer.

Die Kosten eines Projekts schätzt Pöhnert auf 90 Millionen Franken.

Diese hohen Kosten seien ein Risiko, schreibt etwa ein Sprecher der Axpo auf Anfrage. «Solche Investitionen sind wirtschaftlich bedingt attraktiv. Auch wenn die kurzfristigen Strompreise derzeit hoch sind, fehlt die längerfristige Investitionssicherheit.»

Kanton will nichts Eigenes

Grundsätzlich aber, so schreibt die Axpo weiter, sei aus Versorgungssicht der Bau neuer Wasserkraftwerke wünschenswert. Ein konkretes Projekt oder ein Start in ein solches steht bei Axpo nicht unmittelbar bevor. «Der Kanton muss nun festlegen, ob er die Wasserrechte selbst nutzen will oder ob er Kraftwerksbetreiber einlädt, ein Projekt zu entwickeln», so Axpo. Wenn Letzteres zu-

treffe und die Spielregeln bekannt seien, dann werde Axpo die Situation sorgfältig prüfen und entscheiden, inwiefern sich der Konzern engagieren werde.

Beim Baudepartement heisst es auf Anfrage, dass der Kanton den Ball nach dem Ablauf der Referendumsfrist bei den Unternehmen mit Interesse sehe. Der Kanton plane kein eigenes Kraftwerk.

Und wenn ein Projekt vorliegt, wären diverse Änderungen von Behördenplanungen nötig, eine Umweltverträglichkeitsprüfung müsste gemacht, Ausgleichsmaßnahmen definiert und dann eine Baubewilligung beantragt werden. Zudem müssten sowohl der Kanton Zürich als auch Schaffhausen Ja zur Konzession sagen. (dmu)